

Dienstag, 16. April 2019

Sicherung der Reisefreiheit und Sicherheitszusammenarbeit in der Dreiländerregion - Regio Basiliensis empfiehlt ein JA zur Waffenrichtlinie am 19. Mai 2019

Die Regio Basiliensis spricht sich für ein JA zur Umsetzung der EU-Waffenrichtlinie im Schweizer Waffenrecht aus. Eine Ablehnung gefährdet die Zusammenarbeit mit den Schengen- und Dublin-Staaten und damit auch die Reisefreiheit in der Dreiländerregion. Die bilateralen Abkommen mit Schengen/Dublin sind zur Gewährleistung der inneren Sicherheit und zur Bewältigung der Herausforderungen im Bereich der Migration in der Grenzregion Basel und in der Schweiz im Allgemeinen unverzichtbar. Grenzkontrollen für die 67'000 Grenzgängerinnen und Grenzgänger aus Südbaden und dem Elsass würden täglich zu langen Staus an der Grenze führen.

Die Abkommen von Schengen und Dublin haben der Dreiländerregion unbestritten viele Vorteile gebracht. Die Bevölkerung der drei Länder verliert heute weniger Zeit an Grenzübergängen, weil nicht mehr systematisch und ohne Verdacht Personenkontrollen durchgeführt werden. Die Nordwestschweiz verzeichnet schweizweit die höchsten Zahlen an Grenzübertritten: 240'000 Ein- und Ausreisen aus Deutschland und aus Frankreich – pro Tag. Entsprechend «erleichtert Schengen den Alltag und die Mobilität der Menschen und die grenzüberschreitenden Aktivitäten der Unternehmen in der Dreiländerregion», so Dr. Kathrin Amacker, Präsidentin der Regio Basiliensis.

Seit dem Beitritt der Schweiz zu Schengen und Dublin besuchen immer mehr Europareisende aus Fernstaaten auch die Region Basel. Dies kommt nicht nur der Tourismusbranche zugute, sondern auch weiteren Dienstleistern und dem Einzelhandel. Ein Ausschluss aus dem europäischen Visaverbund hätte für den Tourismus im Raum Basel und am Oberrhein entsprechend gravierende Nachteile zur Folge.

In der Nordwestschweiz dürfen die offenen Grenzen und das seit vielen Jahren gut funktionierende grenzüberschreitende Gleichgewicht nicht gefährdet werden. Die Regio Basiliensis empfiehlt daher im Interesse der Bevölkerung und der Wirtschaft am 19. Mai ein JA zur Waffenrichtlinie.